

Actualités DFJ—1/2009

Die elektronische Zeitschrift der Deutsch-Französischen Juristenvereinigung e.V. (DFJ)

Veranstaltungshinweise:

- ◆ **Spargelessen am 20. Juni 2009 im Park Hotel Favorite in Mainz**
- ◆ **Jahrestagung in Dijon vom 22. bis zum 27.9.2009 mit Jahresversammlung der DFJ am 25.9.2009**

Deutsch-Französische

Juristenvereinigung e.V. (DFJ)

Vorsitzender :

Dr. Jürgen Jekewitz

2. Vorsitzender:

Dr. Werner Westenburg

Generalsekretär:

Dr. Hainer Baab

Sekretariat: Jutta Leither

Universität Mainz, FB 03

D-55099 Mainz

Tel.: 06131—3922412

Email: jleith@uni-mainz.de

Vereinsregister Karlsruhe VR 197

Redaktionsanschrift für die Zusendung
von Artikeln:

[Werner Gaus@tsp-law.com](mailto:Werner.Gaus@tsp-law.com)

Tel.: 069 959135-14

Internet: www.dfj.org

Vorwort der Redaktion

**Liebe Mitglieder, liebe
Freunde der DFJ,**

Lang ersehnt, jetzt endlich da! Kommt hier nicht nur unsere neueste Ausgabe.

Sondern auch die Nachricht, daß das deutsch-französische Doppelbesteuerungsabkommen zur Erbschaftsteuer am 03. April diesen Jahres in Kraft getreten ist. Zum Inhalt dürfen wir Sie auf den Artikel des Kollegen Hidien in unserer Ausgabe 3/2007 verweisen.

So enthält diese Ausgabe das neue französische Verjährungsrecht und umfangreiche Hinweise zur Durchsetzung von Unterhaltsforderungen in Frankreich. Übersetzungsvorschläge sind an gewohnter Stelle.

Den Autoren sei herzlich gedankt. Beteiligen auch Sie sich weiter lebhaft an unseren Diskussionen.

Ihre Redaktion

**Chers membres et chers
amis de la DFJ,**

Tant attendu, enfin réalisé: Non seulement notre nouvelle édition.

Mais aussi une actualité aussi importante que récente: La convention sur la double imposition en matière des droits de successions entre la France et l'Allemagne vient d'entrer en vigueur le 03.04.2009. Vous trouvez ses grandes lignes exposées dans notre édition no. 3/2007.

Dans l'édition actuelle informez-vous sur la réforme française des prescriptions et les moyens d'exécution des pensions alimentaires en France. Les propositions „comment traduire“ se trouvent au lieu habituel.

Nos vifs remerciements aux auteurs. À vous l'invitation: Participez à nos discussions.

La rédaction

Neue Urteile, Rechtsentwicklungen mit deutsch-französischem Bezug

Die neuen Verjährungsbestimmungen in Frankreich

I. Reformbedarf und Reformgesetz

Durch das Verjährungsreformgesetz vom 17.06.2008 (Gesetz Nr. 2008-561), das am 19.07.2008 in Kraft getreten ist, wurde insbesondere der zwanzigste Titel des Dritten Buches des Code Civil betreffend die „*préscription*“ (Verjährung) neu gestaltet. Betroffen sind sowohl die Dauer der Verjährungsfristen als auch deren Beginn. Erweitert wurde außerdem die Möglichkeiten zu Parteivereinbarungen über Dauer und Lauf der Verjährung. Damit sollte der zunehmenden Unübersichtlichkeit und Kompliziertheit der bisher geltenden Regeln entgegengesteuert werden und eine Anpassung an heutige Lebensverhältnisse erfolgen. Folgende Regelungen sind besonders hervorzuheben:

II. Verkürzung der allgemeinen Verjährungsfrist von dreißig auf fünf Jahre

Kernstück des Reformwerks ist die Verkürzung der regelmäßigen Verjährungsfrist von ursprünglich dreißig Jahren auf nunmehr fünf Jahre (Art. 2224 n.F. Code Civil).

In folgenden Fällen führte die Einführung der Fünfjahres-Regel zu einer Fristverkürzung:

- handelsrechtliche Ansprüchen zwischen Kaufleuten sowie zwischen Kaufleuten und Nichtkaufleuten (Artikel L 110-4 Code de commerce n.F.); (zuvor 10 Jahre); allerdings

können Sonderregeln kürzere Fristen vorsehen (2),

- Haftung des Anwalts für die rein beratende Tätigkeit,
- Haftung von Sachverständige für Fehler bei Ausübung ihrer Tätigkeit,
- Entschädigung wegen ungerechtfertigter Kündigung (zuvor 30 Jahre).

In anderen Fällen kam es zu einer Fristverlängerung

- Für Honoraransprüche von Rechtsanwälten (zuvor zwei Jahre),
- für Forderungen von Ärzten, Hebammen und Apothekern, aber auch Gerichtsvollziehern (zuvor zwei Jahre) sowie
- für Ansprüche von Lieferanten von Fertiggerichten und Hoteliers (zuvor 6 Monate)

Durch die Reform wurden zwar die Anzahl der Sonderregeln nachhaltig verringert, zu einer völligen Vereinheitlichung oder gar der Abschaffung sämtlicher Sonderregeln hat sich der französische Gesetzgeber jedoch nicht durchringen können.

III. Besondere Verjährungsbestimmungen

Im Hinblick auf die anwaltliche Tätigkeit gibt es eine wichtige Sonderregel für den Fall, dass der Anwalt

-
- (1) Unternehmen müssen jedoch gegenüber Verbrauchern ihre Ansprüche innerhalb von zwei Jahren (Artikel L 137-2 Code de la Consommation) anmelden, dies zwingt zu regelmäßiger Kontrolle des Kundenforderungsbestandes

als Prozessvertreter oder Rechtsbeistand einer Partei vor Gericht auftritt. Auch hierfür gilt zukünftig eine fünfjährige Verjährungsfrist. Doch - abweichend von den allgemeinen Bestimmungen (siehe unten) ist Fristbeginn hier das Ende des Auftrags (fin de mission), damit ist im allgemeinen die Entscheidung gemeint, die die Instanz beendet (3)

Weitere Sonderfristen seien hier kurz erwähnt:

Bei Körperschäden wurde die Frist von zehn Jahren beibehalten, berechnet ab dem Zeitpunkt der Konsolidierung des Schadens, also wenn der Schaden oder seine Verschlimmerung sich gezeigt haben (Artikel 2226 Code civil n.F.). Dabei wird nicht mehr zwischen vertraglicher oder deliktischer Haftung unterschieden, sondern maßgeblich ist allein die Einstufung als Körperschaden.

Im Falle von Rechten an Grundstücken (actions réelles immobilières) bleibt es bei der bisherigen Verjährungsfrist von dreißig Jahren; die gleiche Dauer gilt zukünftig bei Umweltschäden. Bei dieser Gelegenheit hat der französische Gesetzgeber eigens geregelt, dass das Eigentum als solches nicht der Verjährung unterliegt (neuer Artikel 2227 des Code civil).

Wichtig ist, dass nunmehr auch Ansprüche, über die Vollstreckungstitel bestehen, grundsätzlich innerhalb von zehn Jahren und nicht mehr innerhalb von dreißig Jahren verjähren (4). Haftungsklagen gegen Hersteller und Zwischenhändler von Waren unterliegen jetzt ebenfalls der zehnjährigen Verjährungsfrist (Artikel 1792-4-3).

IV. Verjährungsbeginn

Die entscheidende Neuerung der Reform betrifft die gesetzliche Bestimmung des Verjährungsbeginns.

Gemäß Art 2224 Code civil n.F. beginnt dieser « an dem Tag, an dem der Rechtsinhaber von seinem Recht erfahren hat oder von den rechtsbegründenden Tatsachen hätte erfahren können (« jour où le titulaire de son droit a connu ou aurait dû connaître les faits lui permettant de l'exercer »). Der Begriff der „Erkennbarkeit“ oder des „Kennen-Müssens“ « aurait dû connaître » soll jedoch, ähnlich wie in § 122 Abs. 2 BGB, verhindern, dass sich ein Anspruchsberechtigter aus grob fahrlässiger Unkenntnis einen Vorteil verschafft. Diese Regelung bedarf noch der Klarstellung und Auslegung durch die Rechtsprechung. Sie droht, ähnlich wie nach § 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB, der Reduzierung der allgemeinen Verjährungsfrist vielfach entgegenzuwirken beziehungsweise diese stark zu relativieren (5).

V. Unterbrechung und Hemmung

Auch weiterhin wird im französischen Recht – wie auch in Deutschland – zwischen Hemmung und Unterbrechung der Verjährung unterschieden. Drei Unterbrechungstatbestände sind hervorzuheben:

- Anerkennung des Anspruchs durch den Schuldner
- Einreichung eines Antrags bei Gericht, einschließlich Eilanträgen und Einreichung beim unzuständigen Gericht
- Vollstreckungshandlungen.

(3) Décision qui met définitivement fin à l'instance (Civ. 2^{ème} 08/04/2004 ; Bull.civ. II, n° 181)

(4) Artikel 3-1 frz .Vollstreckungsgesetz n.F. (Loi n° 91-650 du 09.07.1991)

(5) Im Baurecht gilt bei größeren Schäden wie bisher die Zehnjahresverjährung (GARANTIE DECENNALE) (Artikel 1792-4-3 Code civil n.F.). Abweichend von den allgemeinen Regeln ist hier jedoch der Fristbeginn die Übergabe des Werks (réception des travaux – Artikel 1792-4-3 Code civil n.F.)

Hemmungstatbestände sind vor allem:

- Eintritt der Bedingung oder eines bestimmten Datums im Fall von bedingten oder betagten Ansprüchen
- Unmöglichkeit der Klageerhebung wegen höherer Gewalt oder aus gesetzlichen oder vertraglichen Gründen
- Lauf eines Schlichtungs- oder Mediationsverfahrens.

VI. Die Maximalfrist von 20 Jahren (Artikel 2232 Code Civil n.F.)

Als Gegengewicht zur eventuellen Verzögerung des Verjährungsbeginns durch verspätete Kenntniserlangungen hat das neue Gesetz nunmehr eine Maximalfrist "délai butoir" eingeführt. Diese beträgt zwanzig Jahre ab Entstehung des Rechts, « naissance du droit ». die Höchstgrenze gilt auch ungeachtet von einer Anspruchshemmung oder Unterbrechung und auch unabhängig von einer eventuellen Parteivereinbarung, die nunmehr grundsätzlich möglich ist.

VII. Gewillkürte Bestimmung von Verjährungsfristen

Vor Inkrafttreten des neuen Gesetzes wurden die Verjährungsbestimmungen überwiegend als zwingendes Recht (*ordre public*) und somit Ausschlussfristen (*délais préfix*) angesehen. Zukünftig ist vertragliche Vereinbarung in folgenden Grenzen möglich (Artikel 2254 Code civil n.F.):

- Die gewillkürte Verjährungsfrist darf nicht kürzer als ein Jahr und nicht länger als zehn Jahre sein.
- Die Parteien können zudem Vereinbarungen über den Verjährungsbeginn, Dauer, Hemmung und Unterbrechung treffen.

VIII: Zeitliche Anwendung des neuen Gesetzes (Artikel 2222 Code civil n.F.)

Folgende Überleitungsvorschriften sind vor allem zu beachten:

- Bestimmt das neue Gesetz eine längere Verjährungsdauer, findet diese Frist Anwendung, es sei denn, die Verjährung war bei Inkrafttreten der Reform (= 19.07.2008) bereits eingetreten. Die bereits abgelaufene Verjährung wird angerechnet.
- Ist die neue Frist kürzer, so findet diese ab sofort Anwendung. Mit Inkrafttreten der Reform beginnt die Frist neu zu laufen, ihre Gesamtdauer darf jedoch die nach altem Recht bestehende Frist nicht überschreiten.
- War am 19.07.2008 bereits eine Klage anhängig, wird diese nach altem Recht entschieden.

FAZIT:

Durch das Gesetz vom 17.08.2008 wurde in der Tat das bisherige Verjährungsrecht tiefgreifend reformiert. Dazu wird an einigen Stellen Neuland betreten. Dies betrifft namentlich die neue Form des Verjährungsbeginns, aber auch die Möglichkeit zur vertraglichen Gestaltung sowie die Einführung von Maximalfristen. Begrüßenswert ist sicher auch die Verkürzung der Regelverjährung auf fünf Jahre, auch wenn daneben nach wie vor zu viele Sonderregeln bestehen bleiben. Auch entstehen sicher neue Unsicherheiten hinsichtlich des Verjährungsbeginns (Kenntniserlangung), die zukünftig durch die Rechtsprechung zu beheben sind.

Rechtsanwalt Volhard Hente
und Ass. jur. Michael App
Volkhard.Hente@gmx.net

Le recouvrement de créances alimentaires en France sur la base de titres exécutoires allemands

Parallèlement à l'augmentation du nombre de naissances d'enfants binationaux, le nombre de conflits internationaux relatifs au non paiement de pensions alimentaires croît constamment. Fort heureusement pour les enfants concernés, l'idée encore très répandue selon laquelle une fuite à l'étranger protègerait contre les tentatives de recouvrement du créancier s'avère être de plus en plus fautive. En effet grâce aux instruments européens de recouvrement de créances en matière civile et commerciale, les procédures prennent certes toujours un peu plus de temps qu'au niveau purement national, mais aboutissent positivement dans de nombreux cas.

Le recouvrement de pensions alimentaires pour le bénéfice d'enfants allemands dont le débiteur (en général le père) vit en France suppose en premier lieu l'existence d'un titre exécutoire. Ce dernier peut soit prendre la forme d'un jugement, soit d'un acte passé devant les offices municipaux et cantonaux allemands d'aide à la jeunesse (Jugendämter), soit d'un acte notarié (plus rarement). Si un tel titre exécutoire n'existe pas encore, il convient d'introduire une action en paiement de pension alimentaire au domicile de l'enfant tel que le prévoit l'art. 5 n° 2 du règlement (CE) n° 44/2001 du Conseil du 22 décembre 2000 concernant la compétence judiciaire, la reconnaissance et l'exécution des décisions en matière civile et commerciale. Dans le cadre de cette procédure, il est particulièrement important de veiller à ce que la signification des mémoires

des parties et de la décision finale ait lieu en bonne et due forme. Une «signification publique» selon le § 185 de la ZPO (code de procédure civile) constitue en général un obstacle à l'exécution du titre allemand à l'étranger, dans la mesure où elle n'est pas considérée comme conforme aux principes fondamentaux du procès équitable.

Quant au droit matériel applicable à la question de savoir si une pension est due, il s'agit du droit allemand, la France et l'Allemagne étant toutes deux parties à la convention de la Haye sur la loi applicable aux obligations alimentaires, qui renvoie à la loi du domicile habituel du bénéficiaire de la pension.

Dès lors que le créancier est en possession d'un titre exécutoire allemand, il existe deux moyens d'en obtenir l'exécution en France. Selon la nature et la date d'établissement du titre exécutoire, celui-ci peut être certifié comme titre exécutoire européen en Allemagne avant de pouvoir être exécuté en France selon les voies d'exécution communes. Si les conditions de certification en tant que titre exécutoire européen ne sont pas remplies, le titre allemand doit faire l'objet de la procédure d'exequatur, c'est-à-dire être déclaré exécutoire sur le territoire français par un tribunal français avant de pouvoir être exécuté.

Les titres exécutoires tombant dans le champ d'application du règlement (CE) n° [805/2004](#) du Parlement européen et du Conseil, du 21 avril 2004, portant création d'un titre exécutoire européen pour les créances incontestées peuvent être exécutés sur le territoire français dès lors que le tribunal, l'autorité administrative ou le notaire allemands qui les ont établis les ont déclarés constituer un «titre exécutoire européen». Pour ce il doit s'agir de titres relatifs à des créances incontestées (c'est à dire en particulier tous les actes établis devant les

Jugendämter, les transactions judiciaires et le cas échéant les jugements par défaut). De plus le titre exécutoire allemand doit avoir été établi après l'entrée en vigueur du règlement 805/2004, le 21 octobre 2005.

Du point de vue formel, le certificat de titre exécutoire européen doit être établi selon le modèle fixé en annexe I du règlement européen.

Cette procédure a l'avantage de pouvoir être menée depuis l'Allemagne sans qu'il n'y ait besoin de recourir aux services d'un avocat français. Seule l'intervention d'un Huissier de Justice est nécessaire.

Tous les titres exécutoires ne remplissant pas les conditions du règlement CE 805/2004 doivent, avant l'engagement des procédures d'exécution prévues par le droit français, faire l'objet d'une procédure d'exequatur. La requête en exequatur est à déposer au Tribunal de Grande Instance du domicile du débiteur et peut selon la date du titre exécutoire être appuyée sur les bases légales suivantes :

- Règlement (CE) n° 44/2001 du Conseil du 22 décembre 2000 concernant la compétence judiciaire, la reconnaissance et l'exécution des décisions en matière civile et commerciale,
- *Convention de Bruxelles de 1968* concernant la compétence judiciaire et l'exécution des décisions en matière civile et commerciale,
- *Convention de la Haye de 1973* fixant les conditions de la reconnaissance et de l'exécution des jugements étrangers rendus en matière d'aliments.

Concernant les titres établis après le 1^{er} mars 2001, il est préférable de s'appuyer sur le règlement (CE) 44/2001. Ce dernier prévoit en effet que le tribunal ou l'autorité ayant établi le titre exécutoire allemand sont tenus sur demande du créancier d'établir un certificat attestant du fait que la procédure a satisfait aux conditions de reconnaissance et d'exécutabilité (signification, force de chose jugée, formule exécutoire) communes aux Etats membres de l'Union Européenne. Sur présentation de ce certificat, le juge français chargé de l'exequatur n'a que très peu de marge de manœuvre et ne peut donc refuser l'exequatur que dans des cas très limités.

La procédure d'exequatur donnant lieu à une ou plusieurs audiences, il est conseillé de recourir aux services d'un confrère français sur place.

Nombre de créanciers de pensions alimentaires ne disposant que de revenus très réduits, il est par ailleurs souvent nécessaire de demander auparavant leur admission au bénéfice de l'aide juridictionnelle. Cette demande peut soit être faite directement auprès du bureau d'aide juridictionnelle du domicile du débiteur soit auprès du Tribunal d'Instance (Amtsgericht) du domicile du créancier par l'intermédiaire de la directive européenne (CE) 2003/8 et des dispositions assurant sa transposition (§§ 1076 et s. ZPO).

Rechtsanwältin Isabelle Jäger-Maillet, LL.M.

Isabelle.maillet@gmx.de

Aus der Tätigkeit der Vereinigung

Die Jahresveranstaltung 2009 findet 2009 in Dijon statt. Der offizielle Titel lautet:

„31^{ième} Journées franco-allemandes de juristes et pré-séminaire pour étudiants en droit du 22 au 27 septembre“

Das Programm (zuerst „Séminaire Jeunes Juristes“) wird mit einem Empfang der Teilnehmer am 22.9.2009 im Centre de Rencontres Internationales et de Séjour um 18.30 Uhr mit einem Apéritif eröffnet.

Am 24.9.2009 um 14.30 Uhr folgt sodann das Colloque mit Eröffnung der Jahrestagung durch die Herren Bohnert und Jekewitz. Den Festvortrag wird der ehemalige Botschafter Frankreichs in Berlin, seine Exzellenz M. Claude Martin, halten.

Die Jahresversammlung der DFJ findet dann am Freitag, den 25.9.2009 um 9 Uhr in der „Ecole des Grefes“ statt. Der sich anschließende Programmteil ist den Themen „Wein und Wasser“ gewidmet.

Der Tag wird mit einem Empfang im Rathaus der Stadt Dijon beendet.

Am Samstag, den 26.9.2009 führt dann der kulturelle Teil des Programms durch einige der Schönheiten, die Burgund so einzigartig machen.

Die Einzelheiten des Programms werden noch gesondert mitgeteilt.

Spargelessen 2009

Für das diesjährige Spargelessen konnte das Park Hotel Favorite bei Mainz gewonnen werden. Unsere Veranstaltung findet am Samstag, den 20. Juni 2009 statt.

Das Programm beginnt um 16 Uhr mit einem Spaziergang durch den Stadtpark mit einer Führung zu den Ausgrabungen des Römischen Theaters.

Den Gastvortrag hält um 19 Uhr Dr. Bamberger, Justizminister des Landes Rheinland-Pfalz zum Thema „Politische Visionen zur Mediation in Deutschland und Frankreich“.

Gegen 20 Uhr beginnt dann unser Spargelessen im Palmengarten des Hotels.

In der Zwischenzeit wurden die Einladungen an die Mitglieder versandt.

Comment traduire... ? La traduction des mots difficiles

L'auteur s'attache ici à rechercher la traduction de termes juridiques qui ne trouvent pas leur équivalent direct dans la langue cible.

Firma :

Dénomination sociale, nom commercial, société

1. *Dénomination sociale* : La « Firma » est le nom légal de la société. Comme le nom patronymique permet d'identifier une personne physique, elle constitue l'appellation officielle d'un commerçant sous laquelle notamment il passe ses contrats, assigne en justice ou est lui-même assigné devant un tribunal. En ce sens, ce terme de « Firma » désigne donc la « dénomination sociale » du droit français.

2. *Nom commercial* : La « Firma » est également le nom utilisé par un commerçant pour l'exploitation de son commerce, c'est-à-dire le nom connu de la société auquel est attachée la clientèle. En d'autres termes, la notion de « Firma » correspond ici à celle de « nom commercial » du droit français.

3. *Société* : Dans certains cas, le terme de « Firma » est employé comme synonyme de « société » (ex. : « die Firma XY GmbH »).

4. *Régime* : Enregistrée au registre du commerce, la « Firma » est protégée de toute concurrence. Elle peut ainsi être opposée à l'enregistrement d'une marque dans la mesure où la coexistence

de ces deux noms pourrait entraîner un risque de confusion dans l'esprit du public.

Wort-/Bildmarke :

Marque semi-figurative

Si les droits français et allemand ne présentent pas de grande différence en matière de droit des marques, la traduction de certains termes demeure cependant difficile. Dans ce cas, une première piste est toujours de partir de leur définition.

Contrairement à la « Wortmarke » qui se présente sous forme de mots (c'est-à-dire une marque verbale) ou à la « Bildmarke » qui n'est composée que d'images (c'est-à-dire une marque figurative), la « Wort-/Bildmarke » est une combinaison des deux puisqu'elle associe un élément verbal (mot) et un élément figuratif (logo ou dessin), d'où sa traduction par « *marque semi-figurative* ». Comme en France, elle doit être enregistrée pour être protégée, au niveau national, communautaire ou international.

Sophie Jacobi, LL.M. sj@sophie-jacobi.de
Ancienne Avocate à la Cour und beeidigte
Dolmetscherin und Übersetzerin

Veröffentlichungen unserer Mitglieder

Beitrag von Herrn **Nikolaus Marsch**, Frankreich, in: Jens-Schneider (Hrsg.), *Verwaltungsrecht in Europa: Frankreich, Polen, Tschechien, Göttingen 2009*, S. 33-229.

Herr Marsch ist assoziierter Wissenschaftler und kann wie folgt erreicht werden: Ecole nationale d'administration, 1 rue Sainte-Marguerite, F-67080 Strasbourg Cedex und unter www.elsi.uos.de/publiclaw.



Auslandsbüro Jura

JOHANNES
GUTENBERG
UNIVERSITÄT
MAINZ

Der Frankreichbeauftragte der Rechtswissenschaftlichen Abteilung
Prof. Dr. Reinhard Hepting

Ausschreibung einer Lektorenstelle

Die juristische Fakultät der Universität Dijon sucht in Zusammenarbeit mit ihrer Partneruniversität Mainz eine(n)

Lektor(in) für deutsche Rechtssprache für das akademische Jahr 2009 / 2010 an der Universität Dijon

Zeitraum : Oktober bis Juli. Einmalige Verlängerung ist möglich.

Gehalt : Monatlich ca. 1400 Euro brutto

Inhalt der Tätigkeit : Grundsätzlich ca. 200 Unterrichtsstunden pro Jahr (zzgl. Vorbereitung) sowie ca. 80 Std. für die Betreuung der Studenten im Rahmen des integrierten Studiengangs.

Aufgaben des/der Lektors/in sind

- für Studenten der Licence 2 und Licence 3 die Vermittlung der deutschen Sprache
- für die Kandidaten des integrierten deutsch-französischen Studiengangs die Vermittlung der deutschen juristischen Terminologie und Methodologie
- Mitwirkung bei der Organisation und Betreuung der Studenten im Rahmen des deutsch-französischen integrierten Programms Mainz / Dijon.

Voraussetzungen : Mindestens erstes juristisches Examen, sehr gute Französischkenntnisse, möglichst Vertrautheit mit einem juristischen Austauschprogramm; ferner Organisationstalent, konzeptionelle Fähigkeiten und Geschick im Umgang mit Menschen.

Die Tätigkeit lässt ausreichend Zeit, um nebenher an einer Dissertation zu arbeiten.

Bewerbungen für das akademische Jahre 2009/2010 mit Lebenslauf und Angaben zu den Examennoten sind zunächst per E-Mail zu richten an den

Frankreichbeauftragten Prof. Dr. Reinhard Hepting,

Fachbereich 03 der Universität, 55099 Mainz

E-Mail : lshepting@uni-mainz.de

Kandidat(inn)en, die in die engere Wahl kommen, werden anschließend zum Einreichen der schriftlichen Bewerbungsunterlagen aufgefordert.

Mainz, 22.02.2009

gez. Hepting



Auslandsbüro Jura, Haus Recht und Wirtschaft I, Welderweg 9, Zi 02/132
Telefon: +49 [0] 6131-39-22074 Telefax: +49 [0] 6131-39-23828
E-Mail: lshepting@uni-mainz.de

Johannes Gutenberg-Universität Mainz · D-55099 Mainz · Telefon +49 [0] 61 31 - 39 0 · Internet: www.uni-mainz.de